

KURZ NOTIERT

von Luise Malchert

■ EU unterstützt Polizeireform

Die Europäische Union ist mit über 200 Millionen EUR einer der großen Geldgeber für Entwicklungshilfe. Auf ihrer Agenda stehen Umweltpolitik, Handel, Migration und Zivilgesellschaft. Zur Sicherung der Stabilität des Landes will die EU mit speziellen Projekten beitragen, wichtigster Punkt ist die Reform der birmanischen Polizei.

Diese war in jüngster Vergangenheit unter starker Kritik geraten. Bei Protesten gegen Land-

enteignungen für die Erweiterung der Monywa Kupfermine im Norden des Landes gingen Polizeikräfte mit äußerster Härte vor. Der anti-muslimischen Gewaltwelle, die das Land gerade zu überschwemmen droht, steht die Polizei machtlos gegenüber. Für die Bekämpfung von Unruhen ist sie weder ausgerüstet noch geschult. Gelähmt von der scharfen Kritik ihres Eingreifens in Monywa sieht die Polizei der Gewalt aber oft bloß tatenlos zu.

Die EU will mit einem 10 Millionen EUR Paket Unterstützung leisten, bis zu 400 Polizeibeamte sollen in crowd management und bürgernaher Polizeiarbeit geschult werden. Weiterhin stehen Menschenrechte sowie die Verantwortung der Polizei gegenüber dem Parlament, der Zivilgesellschaft und den Medien auf dem Stundenplan.

EEAS 6.11.2013

■ Staudammprojekte gefährden Friedensprozess

Umweltschutzorganisationen fordern den Stopp der Staudammprojekte am Thanlwin (Salween) Fluss im Osten des Landes, denn diese gefährden nicht nur Umwelt und das soziale Leben am Fluss, sondern auch den fragilen Friedensprozess. Die sechs geplanten Wasserkraftwerke sollen 15.000 Megawatt Leistung, hauptsächlich für den Export nach China und Thailand, liefern.

Auf einer Pressekonferenz erklärte ein Vertreter des Burma Rivers Network, die Staudämme schürten Krieg in der Region. Trotz Waffenstillstandsabkommen sei es zu mindestens 50 Zusammenstößen zwischen bewaffneten ethnischen

Gruppen und der birmanischen Armee entlang des Flusses seit dem Regierungsantritt von Thein Sein 2010 gekommen. Die Armee führte im März 2013 gezielte Schläge aus, um die Shan State Army-North aus Gebieten zu vertreiben, in denen zwei Dämme geplant sind. Kurz darauf wurde die Democratic Karen Buddhist Army in einer Offensive aus Hat Gyi vertrieben, wo sie seit Jahren Widerstand gegen den Bau des Staudamms geleistet hatte. Tausende Bewohner wurden bereits in die Flucht getrieben, manche retteten sich in Flüchtlingscamps auf thailändischer Seite.

Die Warnung vor einer Gefährdung des Friedensprozesses durch

eine erneute Militarisierung kam kurz vor Beginn der ersten Friedensverhandlungen auf nationaler Ebene zwischen Regierung und ethnischen Minderheitenarmeen am 5. November 2013. Wie heikel der Friedensprozess ist, zeigt das Scheitern dieser Verhandlungsrunde. Die Regierung hatte auf die sofortige Unterzeichnung eines allgemeinen Waffenstillstandsabkommens gehofft. Vertreter der 16 ethnischen Minderheitenarmeen fordern hingegen weitreichende Zugeständnisse, u. a. die Gründung einer föderalen Armee.

Myanmar Times 3.11.2013

■ Myanmars neue politische Gefangene

Wie so oft in jüngster Zeit ist Grund und Boden die Ursache für Konflikte zwischen der Landbevölkerung und der neuen und zumeist auch alten (Wirtschafts-) Elite. Unsicherheit über Besitz und Nutzung von Agrarland ist für die ländliche Bevölkerung ein dramatisches Problem, denn über 70 Prozent der Bevölkerung lebt von der Landwirtschaft. Im Namen nationaler Entwicklung werden Bäuerinnen und Bauern enteignet, zwangsumgesie-

delt oder vertrieben. Doch der Widerstand wächst. Die Behörden reagieren darauf mit Verhaftungen, angewendet wird u. a. Artikel 18 des Versammlungsgesetzes (Peaceful Assembly Act), welches unangemeldete Demonstrationen mit bis zu einem Jahr Haft bestraft. Das 2012 erlassene Gesetz wird mehr und mehr zum Instrument der Behörden, systematisch gegen AktivistInnen vorzugehen, die vor allem gegen Menschenrechtsverletzungen und

Landenteignung demonstrieren. Allein zwischen Juni und August 2013 wurden 149 Bäuerinnen und Bauern wegen unangemeldeten Demonstrationen oder unbefugtem Betreten angeklagt. Die Assistance Association for Political Prisoners teilte mit, dass die Zahl der politischen Häftlinge im September um 33 gestiegen ist, gegenwärtig warten 232 AktivistInnen auf ihr Verfahren.

Irrawaddy 18.10.2013